



Von der
Bürgerversammlung
zum
Stadtparlament
in Wil



Die Geschichte, kurz dargestellt von
Hans Wechsler, Stadtkammann 1977 - 1992, Wil

Fotos: Stadtarchiv Wil
Layout: Werner Warth, Stadtarchivar
Druck: Hengartner Copy Shop, wil

Auflage: 250 Exemplare

Wil, Oktober 2009

Vom Ursprung der Politischen Gemeinde



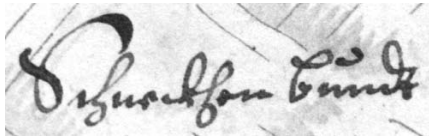
Stadtsiegel, um
1425 verwendet

Die Politische Gemeinde mit ihrer Bürgerversammlung ist das Ergebnis der dramatischen Ereignisse in den Jahren der Wende vom 18. ins 19. Jahrhundert. Nach dem Zusammenbruch der alten Eidgenossenschaft schuf die Helvetik 1798 die Munizipalgemeinden. Mit der napoleonischen Mediation und der ersten Verfassung des neuen Kantons St. Gallen 1803 erschien als unterste Stufe der staatlichen Struktur die Einwohnergemeinde. Im Gegensatz zur althergebrachten Bürgergemeinde gehörten zu ihr alle Einwohner des umgrenzten Gemeindegebietes.

Die erste Einwohnergemeinde oder Politische Gemeinde Wil umfasste neben dem Städtchen Wil auch den oberen und unteren Schneckenbund, die Dörfer Rossrüti und Bronschhofen. Doch bereits im Oktober 1803 stellten die Bronschhofer an die Regierung in St. Gallen das Gesuch um Lostrennung von Wil. Der Regierungsrat entsprach diesem Gesuch, hatte doch das Äbtestädtchen Wil allein mit beinahe 1000 Einwohnern schon eine respektable Grösse. Das einst bevorzugte Städtchen wurde von der neuen Obrigkeit nicht ungern etwas zurückgestellt.

Bamert Herbert / Bannwart Niklaus / Bayer Markus / Benz Gabriela / Bergamin
Strotz Livia / Berger Laura / Berger Urs / Bernold Patrick / Bigger Othmar /

1804 wurde der Schneckenbund zur selbstständigen Gemeinde und 1817 in „Gemeinde Bronschhofen“ umbenannt.



„Schneckenbund“, Ortsbezeichnung, Grenzatlant Abtei St. Gallen, um 1730.

Mit der Landesausstellung in Zürich 1939 wurde auch Bronschhofen veranlasst, ein Gemeindewappen zu schaffen. Nach einem Entwurf von Kunstmaler Karl Peterli, Wil, zeigt es eine goldene Ammonschnacke auf schwarzem Grund.

Am 2. Juli 1804 wählten die Stimmbürger von Wil in offener Abstimmung den ersten Gemeinderat mit neun Mitgliedern. Stimmberechtigt war nur, wer ein steuerbares Einkommen im Werte von Fr. 500.-- besass und das 21. Altersjahr erreicht hatte. In der Kantonsverfassung von 1831 wurde diese Einschränkung der Stimmberechtigung aufgehoben.

Die Politische Gemeinde im 19. Jahrhundert

In Bund und Kanton durchlebte unser Land auf dem Weg zu immer mehr Demokratie ein bewegtes, bisweilen sogar stürmisches 19. Jahrhundert. Gleich fünfmal wurde über eine neue oder abgeänderte Kantonsverfassung abgestimmt! Weniger dramatisch, aber dennoch faszinierend ist die Geschichte der Politischen Gemeinde Wil in diesem Jahrhundert.



Die Gemeindeorganisation wurde getragen von den beiden Säulen Bürgerschaft und Gemeinderat. Die Bürgerversammlung war während des ganzen Jahrhunderts völlig unbestritten das geeignete Organ der politischen Willensbildung.

Wil war ein kleines Städtchen und entwickelte sich recht langsam: 1803 rund 1000, 1850 rund 1550 und 1900 gut 4980 Einwohner. Rund 400 Stimmberechtigte beteiligten sich jeweils an der Bürgerversammlung. Tagungsort war immer die Stadtkirche St. Nikolaus, und so blieb es bis 1971!

Deffendi Juri / Donatsch Peter / Donatsch Philipp / Dürmüller Elisabeth /
Eberle Roland / Egli Bruno / Erne August / Eugster Armin / Fäh Franzruedi /

Getagt wurde stets am Sonntag, in der Regel um 10.30 Uhr zwischen Gottesdienst und Mittagessen! Die erste Werktags-Bürgerversammlung fand am Dienstag, 13. Oktober 1948 statt. Es darf auch daran erinnert werden, dass das 1505 am Hofplatz erbaute, spätgotische Rathaus 1854 verlassen und die Verwaltung ins Gerichtshaus am Hofplatz umgesiedelt wurde. Mit dem Kauf des Wohn- und Geschäftshauses von Josef Marin Morel 1882 bezog die Gemeinde ein neues Rathaus, das bis heute Herzstück der Stadtverwaltung geblieben ist - und hoffentlich auch bleiben wird!

Einen gewichtigen neuen Baustein im Verwaltungsbereich der Gemeinde brachte die Kantonsverfassung vom 16. November 1890; für Gemeindebehörden wurde die Urnenwahl eingeführt.

„Still ruht der See“ auch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Mit dem kantonalen Gesetz vom 1. Juli 1907 betreffend Zweiteilung des Gemeinderates mit einem „Grossen Gemeinderat“ als Erweiterung des „Kleinen Gemeinderates“ öffnete der Kanton erstmals einen

Forster-Thoma Hedy / Frick-Beer Ruth / Früh René / Gämperle Christof /
Gander Hermann / Gebert Urs / Gehrler Erich / Gehrig Christoph /

kleinen Spalt hin zur dreistufigen Gemeindeorganisation mit Bürgerschaft, Parlament und Gemeinderat. St. Gallen und Rorschach nutzten 1909 diese Möglichkeit und schufen ihre „Grossen Gemeinderäte“ als Vorläufer der späteren Stadtparlamente.

In Wil blieb die Politik davon unberührt. So konnte die Wiler Bürgerschaft auf der Grundlage eines kantonalen



Obere Bahnhof-
strasse, um 1905

Gesetzes von 1916 am 22. Oktober 1933 ihre erste umfassende Gemeindeordnung beschliessen; die Gemeinde zählte 1551 stimmfähige Bürger.

Gehrig Reto / Giller Cordelia / Gilli Stocker Yvonne / Girschweiler Harald
/ Graf Heiner / Grob Erich / Gubler Kurt / Gyr Bernhard / Gysi Barbara /

Sachabstimmungen - Jahresrechnung und Budget noch immer ausgenommen - konnten fortan an der Urne vorgenommen werden. Dem Gemeinderat mit neun Mitgliedern räumte die Gemeindeordnung vermehrte Kompetenzen im verwaltungsrechtlichen und finanziellen Bereich ein: Beschlussfassung über ausserordentliche Bedürfnisse oder Anschaffungen im Einzelfall bis zu einem Betrage von Fr. 10'000.--!

Das Parlament „meldet sich zu Wort“

Nun aber kam Sand ins Getriebe: 1948 und 1957 hat die Bürgerschaft zwei fast gleich lautende, revidierte Gemeindeordnungen abgelehnt, 1948 mit 510 Ja zu 633 Nein, 1957 mit 655 Ja zu 830 Nein. Im Vorfeld zur Abstimmung über die Revisionsvorlage 1957 wurden erstmals aus verschiedenen Kreisen auch Stimmen laut, es sei nun die ausserordentliche Gemeindeorganisation, das Gemeindeparlament, einzuführen.

Von nun an verstummten diese Stimmen nicht mehr. Die enorme Bevölkerungszunahme war eine wichtige Triebfeder dabei: 1950 zählte Wil rund 8'700, 1960 bereits 11'000 Einwohner.

Gysling Corinne / Gysling Verena / Haag Marcel / Habenberger Richard /
Hadorn Walter / Hälg Eugen / Hälg Karin / Halter Paul / Hanselmann Ursula /



Wil um 1966

Diese „politische Unruhe“ veranlasste den Gemeinderat zu einer konsultativen Abstimmung über die eventuelle Einführung eines Gemeindeparlamentes.

Urnenabstimmung 7. Juli 1963

In der gemeinderätlichen Abstimmungsvorlage vertraten drei Gemeinderäte in einem Minderheitsantrag den Standpunkt der Befürworter, eine Mehrheit von sechs Gemeinderäten machte sich vehement stark für ein Nein zur Schaffung einer ausserordentlichen Gemeindeorganisation (Parlament). Die Freisinnig-demokratische und die Christlichdemokratische Partei befürworteten ein Parlament, die Konservative Volkspartei und die Sozialdemokraten lehnten es ab.

In Abstimmungsbroschüren kämpften die Christlichsozialen für eine zeitgemässe Gemeindeordnung, welche bessere Lösungen in verschiedensten Bereichen sichert und das richtige Funktionieren der Demokratie gewährleistet. Die Freisinnigen präsentierten 20 Plus-Punkte für das Gemeindeparlament. Ein überparteiliches Aktionskomitee warb mit folgender Aussage für ein Nein: „Wenn wir aber das verständnisvolle Miteinander weiterhin pflegen wollen, dann werfen wir doch Bewährtes nicht zum alten Eisen!“

Die Mehrheit des Gemeinderates empfahl ein überzeugtes Nein mit folgendem Schlusssatz: „Wir möchten die bewährten demokratischen Einrichtungen so lange als möglich erhalten, in der Überzeugung, dass damit dem Wohl und der Weiterentwicklung unserer schönen Stadtgemeinde am besten gedient sei.“

Der Gemeinderat zog immerhin eine grundlegende Änderung der Gemeindeordnung in Betracht, sobald die Bevölkerungszahl mindestens 15'000 erreicht haben werde. Aufhorchen lässt auch der Satz aus dem Jahre 1963, dass es für die Gemeinde Wil unklug wäre, eine ausserordentliche Organisation einzuführen, bevor die Frage der Eingemeindung von Bronschhofen geklärt sei.

Hinder Andreas / Hodel Norbert / Hollenstein Josef / Hugger Bruno / Hürsch
Christoph / Josuran Karl / Käser Peter / Kauf Luc / Keller Hans Rudolf /

In der Urnenabstimmung hat die Bürgerschaft am 7. Juli 1963 mit 632 Ja gegen 1224 Nein die Schaffung einer ausserordentlichen Gemeindeorganisation eindeutig abgelehnt.

Bürgerschaft, politische Parteien und Gemeinderat waren in ihren Standpunkten noch völlig gespalten.

1964 trat Alois Löhner nach 23 Amtsjahren als Stadtammann zurück, sein Nachfolger war Dr. iur. Laurenz Fäh.

Auf dem Weg zur Urnenabstimmung vom 4. November 1973

Trotz der deutlichen Ablehnung zur Frage der Einführung eines Parlamentes blieb sie in Parteien und Behörden ein Dauerbrenner. 1972 tat der Gemeinderat einen wichtigen Schritt zur Versachlichung der Parlamentsdiskussion. Er beauftragte lic. rer. publ. René Schaffhauser von der Hochschule St. Gallen, als Diskussionsgrundlage einen Bericht über die ausserordentliche Gemeindeorganisation mit Parlament für die Politische Gemeinde Wil zu verfassen.

Keller-Sutter Karin / Klein Felix / Kohler Albert / Kohler Guido / Krüsi Benno / Kuhn Urs / Lerch Patrik / Leutenegger Stefan / Locher Fritz /

Dieser Bericht, ein Bevölkerungswachstum gegen 15'000 Einwohner und die Einführung des Frauenstimmrechts 1972 mit einer schlagartigen Verdoppelung der Stimmberechtigten auf über 8'000 veranlassten den Gemeinderat zum Handeln.

Nach der Einführung des Frauenstimmrechts wurde 1972 die Versammlung erstmals in die Kirche St. Peter „verbunden mit dem Pfarreizentrum“ verlegt. Übereilt und etwas unbedacht überraschte der Gemeinderat im Gutachten zur konsultativen Urnenabstimmung vom 4. November 1973 die Bürgerschaft mit der Frage, ob eine Mehrheit der Stimmbürgerschaft jetzt fand, nun wolle man die ausserordentliche Gemeindeorganisation. Im Gegensatz zur Konsultativabstimmung von 1963 verzichtete er auf eine eigene Stellungnahme.

„Es soll Sache der Aussprache und Meinungsbildung unter der Bürgerschaft sein, die Argumente pro und contra aufzutischen“, schrieb der Gemeinderat. Ohne Absprache mit dem Schulrat wollte er auch über die Inkorporation der Schulgemeinde entscheiden lassen. Der Schulrat fühlte sich daher übergangen, intervenierte und beharrte auf einem eigenen, selbstständigen Vorgehen in dieser Frage.

Lutz Patrick / Mächler Franz / Mäder Bruno / Mäder Hans / Marty Arthur /
Mayer Beda / Merz Lukas / Mettler Jakob / Mettler Nick Marianne /

Es war nicht überraschend, dass die Bürgerschaft auf diesen Schnellschuss des Gemeinderates nochmals mit einem Nein (1333 Ja, 1520 Nein) reagierte.

Als Zeichen der Annäherung wurden ab 1974 die Bürgerversammlungen der Politischen Gemeinde und der Schulgemeinde am gleichen Abend durchgeführt.

Die politischen Parteien nehmen das Heft in die Hand

Auf Antrag der CVP wurde am 22. April 1975 die Bildung einer interparteilichen Kommission „Gemeindeordnung Wil“ beschlossen. Unter der kompetenten Leitung von Willi Dudli, lic.rer.publ. et mag.oec. HSG, Wil, wurde in vier Subkommissionen die Notwendigkeit oder Wünschbarkeit einer neuen Gemeindeorganisation gründlich und umfassend bearbeitet und beurteilt.

Im Entwurf des Regierungsrates vom Januar 1975 zu einem neuen Gemeindegesetz wurde als Mittellösung zwischen Bürgerversammlung und Gemeindeparlament als drittes, neues Modell die „Gemeinde mit Bürgerschaftskommission“ skizziert. Die Bürgerschaftskommission begutachtet und

kommentiert als Beratungsorgan alle Geschäfte, die der Bürgerschaft zur Abstimmung vorgelegt werden. Die Kommission kann auch Anträge zu Geschäften stellen, die in die Zuständigkeit der Bürgerschaft fallen. Nur die Bürgerschaft trifft, und zwar an der Urne, alle Entscheide, so dass die Bürgerversammlung entfällt.

Der abschliessende Zwischenbericht vom 8. Dezember 1975 war eine hervorragende und umfassende Analyse der möglichen Organisationsmodelle für die Politische Gemeinde und die Schulgemeinde. Die Kommission empfahl in ihrer Schlussfolgerung für die Politische Gemeinde Wil das Parlamentsmodell und für die Schulgemeinde - vorausgesetzt, dass ihre Selbstständigkeit erhalten bleiben sollte - das Modell der Bürgerschaftskommission.

Der Schulrat wollte und konnte die Frage „Selbstständigkeit oder Integration“ aber erst entscheiden, wenn der Kanton im neuen Gemeindegesetz definitiv über das Modell Bürgerschaftskommission entschieden hatte. Der Schulrat bat deshalb darum, in der Organisation der Politischen Gemeinde solange keine grundlegende Änderung vorzunehmen, bis das neue Gemeindegesetz vorlag. Dieser Wunsch stiess auf breite Zustimmung,

Rapp Hans / Rhyner Ruedi / Roth Elisabeth / Rüdiger Klaus / Rüegg Alfred
/ Rüst Albert / Sarbach Michael / Schär Margrit / Schär Ruedi /

ein weiterer Alleingang der Politischen Gemeinde wie 1973 wäre ein politischer Fehler gewesen.

Auf Ende 1976 trat Dr. Laurenz Fäh als Stadtammann zurück; zu seinem Nachfolger wurde Hans Wechsler, der bisherige Schulratspräsident, gewählt.

Der Ernstfall beginnt

Schulrat und Gemeinderat begannen sich wieder intensiv mit der Gemeindeorganisation zu befassen, als der Grosse Rat des Kantons St. Gallen 1979 das neue Gemeindegesetz erliess, das als drittes Modell neu auch die Bürgerschaftskommission ermöglichte.

Der Schulrat trat mit dem wegweisenden Beschluss vom 7. Mai 1981 einstimmig für einen Zusammenschluss mit der Politischen Gemeinde ein. Die Bürgerschaftskommission fiel damit ausser Traktandum. Stadtammann und Schulratspräsident unterzeichneten am 25. Mai 1982 im Baronenhaus die Vereinbarung über die Inkorporation.

Scheiflinger Doris / Schelling-Siegenthaler Ruth / Schmid Christian /
Schmid Kurt / Schmitt Mario / Schmucki Beatrix / Schoch Max /



Stadtmann Hans Wechsler
und Schulratspräsident
Edgar Hofer unterzeichnen
die Inkorporationsverein-
barung.

Der Gemeinderat trat ebenso einstimmig und überzeugt für das Parlamentsmodell ein. Damit waren beste Voraussetzungen zur Ausarbeitung einer neuen Gemeindeordnung gegeben.

Eine Arbeitsgruppe „Gemeindeordnung“ aus Mitgliedern der Interparteilichen Kommission 1975/1976, dem Gemeinderat und dem Schulrat erarbeitete unter der speditiven Führung von Josef Fässler und mit intensiver Unterstützung durch Dr. René Schaffhauser 1981 den ersten Vorentwurf einer Gemeindeordnung.

Bereits im Februar 1982 konnte dieser Vorentwurf in eine breite Vernehmlassung geschickt werden. Der Ent-

Schönenberger Daniel / Schönenberger Michael / Schönenberger Werner /
Schück Hans / Schuler Peter / Schwager Fredy / Schweizer Albert /

wurf erhielt von allen Parteien und allen weiteren Teilnehmern der Vernehmlassung beste Noten. Parlament und inkorporierte Schulgemeinde wurden einhellig begrüsst. Bei der Mitgliederzahl des Parlaments wurde für eine Grösse zwischen 36 und 45 Mitgliedern votiert. Die Anzahl von sieben Stadträten und neun Schulräten erfuhr mehrheitlich Zustimmung.

Beim Quorum des fakultativen Referendums wurde ausgiebig zwischen einem Zehntel oder einem Zwölftel der Stimmberechtigten argumentiert. Die grösste Aufmerksamkeit erfuhren die amtlichen Bekanntmachungen: Eigenes Mitteilungsblatt der Gemeinde oder lokale Tageszeitungen?

Die Vernehmlassungen liessen erkennen, dass nun eine gesicherte Zustimmung zu einer neuen Gemeindeordnung zu erwarten war. Die Einführung der Neuorganisation auf Beginn der Amtsdauer 1985-1988 erforderte jetzt aber ein rasches Handeln.

Schweizer Erwin / Sigrist Gordana / Spinas Esther / Spirig Anton /
Stiefel Alexander / Stieger Pascal / Stillhart Monika / Stucki Niklaus /

Ausserordentliche Bürgerversammlung 3. September 1982, Kirche St. Peter

Mit intensiver Mitarbeit von Christoph Häne als persönlicher Mitarbeiter des Stadtmanns wurde ein fundiertes und illustriertes Gutachten zur neuen Ge-



meindeordnung mit Gemeindeparlament und inkorporierter Schulgemeinde sowie Auflösung der Schulgemeinde erarbeitet: ein historisches Dokument der Geschichte der Politischen Gemeinde Wil!

An dieser ausserordentlichen Bürgerversammlung waren 570 Personen, das heisst 5,9 Prozent von insgesamt 9'631 Stimmberechtigten, anwesend. Ein Augenschein von drei Gemeinderäten ergab, dass alle teilnahmewilligen Stimmberechtigten in der Kirche Platz gefunden hatten. Die Bürgerversammlung war deshalb beschlussfähig und musste nicht als Diskussionsversammlung durchgeführt werden.

Die Atmosphäre im Versammlungsraum liess spüren, dass an diesem Abend über Bedeutsames entschieden werden musste. Noch einmal nutzten einige Stimmbürger die Bürgerversammlung als Urform der Demokratie, um als freie Bürger zu sprechen und Anträge zu stellen.

Nach einer einleitenden Grundsatzdiskussion wurden in Detailberatung alle 55 Artikel der Gemeindeordnung beraten. Folgende Anträge wurden abgelehnt:

- Die Wiler Nachrichten ebenfalls zum amtlichen Publikationsorgan zu erklären
- Neben dem Stadtammann auch den Schulratspräsidenten an der Urne zu wählen

Truniger Werner / Vinzens Anton / Wandeler Moritz / Weber Madeleine /
Wehrli Albert / Wick Cornelius / Wick Guido / Widmer Andreas /

- Das Quorum für ein Referendum auf 2,5 Prozent der Stimmberechtigten festzulegen
- Die Bürgerschaft bereits über den Erwerb von Grundstücken von mehr als Fr. 2 Millionen abstimmen zu lassen (Vorschlag Gemeinderat Fr. 3 Millionen)
- Alle Beamten und Angestellten dürfen dem Parlament nicht angehören
- Die Zahl der Mitglieder des Parlaments auf 31 festzulegen

Die Schwerfälligkeit der Abstimmung an einer Bürgerversammlung wurde noch einmal beim Quorum für ein Referendum (ein Zwanzigstel statt ein Zehntel) erlebbar. Zweimal stimmte die Versammlung durch Handerheben ab; das Resultat wurde angezweifelt. Danach wurde nach zweimaligem Aufstehen und Abzählen ein Resultat von 288 Stimmen für einen Zwanzigstel und 278 Stimmen für einen Zehntel (Antrag Gemeinderat) ermittelt.

Widmer Markus / Wirth Ernst / Wohlwend Hans / Wüthrich Ralph / Zäch
Daniel / Zahner-Jöhl Mark / Zehnder Josef / Zogg Martin / Zuber Patricia /

Ein Antrag, über die neue Gemeindeordnung sei nun noch eine Urnenabstimmung durchzuführen, wurde abgelehnt. Der Versammlungsleiter Hans Wechsler konnte die Bürgerversammlung um 22.50 Uhr schliessen. Die anschliessende ausserordentliche Schulbürgerversammlung stimmte diskussionslos der Vereinbarung über die Inkorporation der Schulgemeinde in die Politische Gemeinde und der Auflösung der Schulgemeinde per Ende Dezember 1984 zu. Der Versammlungsleiter Edgar Hofer konnte nach knapp fünf Minuten die Schulbürgerversammlung schliessen.

Die letzte Bürgerversammlung der Politischen Gemeinde Wil fand am 6. April 1984 statt.

**Wil wählt sein erstes Parlament:
2. September 1984**

Etwas überraschend nahmen nur 3'950 Stimmberechtigte (40 Prozent von 9'815 Berechtigten) an der Wahl teil. Das nach dem Proporzverfahren gewählte Parlament mit 40 Mitgliedern setzte sich wie folgt zusammen:

Liste Nr. 1 Landesring der Unabhängigen: 2 Sitze

Liste Nr. 2 prowil: 3 Sitze

Liste Nr. 3 freie Liste: 2 Sitze

Liste Nr. 4 Freisinnig-Demokratische Partei: 9 Sitze

Liste Nr. 5 Sozialdemokratische Partei und
Gewerkschaften: 5 Sitze

Liste Nr. 6 Christlichdemokratische Volkspartei:
19 Sitze

Da auf der freien Liste nur ein Kandidat aufgeführt war, hatte für den noch freien Sitz eine Ergänzungswahl zu erfolgen. Auf Vorschlag der Unterzeichnenden der Liste 3 erfolgte sie durch den Gemeinderat.

Auf der Liste Nr. 6 erhielten zwei Kandidaten 1'538 Stimmen. Der Präsident des Stimmbüros hatte das Los zu ziehen, um den gewählten Vertreter für den 19. Sitz zu ermitteln.



Das erste Wiler



Gemeindeparlament, 1984



1. Parlamentssitzung 10. Januar 1985



Vereidigung der Parlamentsmitglieder